

# M i l l a b a d e r Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enzthal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Preis pro Monat 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im in-  
deutschen Bereich monatlich 1.76 RM. — Einzelnummern 16 Pfg.  
Waldenau Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenbürg Kreisgebiet  
Wildbad. — Wandkonto: Enzthalbank & Co., Wildbad.  
Verleger: E. W. G. G. Wildbad. — Verlagsnummer 19177.

Druck, Verlag und Schriftleitung: E. W. G. G. Wildbad, Wildbadstraße 18. Telefon Nr. 479. — Wohnung: Hans Volmer.

Nummer 14      Fernruf 479      Montag, den 19. Januar 1931      Fernruf 479      66. Jahrgang.

## Ein trübes Bild der Wirtschaftspolitik

Collins Bericht

Genf, 18. Jan. Der Europa-Ausschuss hat den Wirtschaftsbericht Collins entgegengenommen. Collins gab in seinem Vortrag ein düsteres Bild der Miserefolge, welche die Wirtschaftsarbeit des Völkerbunds seit dem Jahr 1925 zu verzeichnen hat. Wohl hätten einige Staaten im Jahre 1928 in zweiseitigen Handelsverträgen ihre Tarife herabgesetzt. Aber schon 1929 habe sich ein allgemeiner Zug zu erhöhtem Zollschutz bemerkbar gemacht. Der Verlauf der Zollfriedenskonferenz habe nur zu einem halben Ergebnis geführt. Obwohl sich im Lauf des Jahres 1929/30 die allgemeine Weltkrise, besonders die Landwirtschaftskrise, verschärft habe, sei dann auch die letzte Wirtschaftskonferenz, die zweite Zollfriedenskonferenz im November 1930, unfruchtbar geblieben. Wenn man ernst sein wolle, müsse man zugeben, daß die Ergebnisse dieser Konferenz nur ganz unzulänglich gewesen seien. Vor allem habe man keinen Entschluß über die Inkraftsetzung des allgemeinen Handelsabkommens fassen können. Auf englische und holländische Vorschläge hin habe man sich dann zur Einleitung von zweiseitigen Verhandlungen bereit erklärt. Die Forderungen der Donauländer seien wohl günstig aufgenommen worden, hätten aber keine befriedigende Lösung gefunden, weil die Schwierigkeiten, die sich hauptsächlich infolge der Meistbegünstigungsklausel ergeben hätten, unüberwindlich gewesen seien. Die Konferenz habe nur eine einzige Frage vertieft, die der Agrarkredite. Was die Zölle angehe, deren Herabsetzung durch gemeinsames Vorgehen der Völkerbund schon verschiedentlich versucht habe, so hätte die Novemberkonferenz klar ergeben, daß die Regierungen augenblicklich gewisse Ausnahmen für unmöglich halten.

Nach vierjähriger Arbeit müsse man feststellen, daß die heutige Lage anstatt eine Verbesserung eine Verschlechterung gegenüber 1927 aufweise, und noch mehr: die ganzen Verhältnisse entwickelten sich mehr und mehr rückwärts. In einer großen Anzahl von Ländern haben die Völker alles Vertrauen in die Wirtschaftsarbeit des Völkerbunds verloren. Man höre ewig von Konferenzen, die wochenlang dauern und deren Ergebnis immer das gleiche sei: eine oder zwei Reden, durch die man sich bemühe, das Scheitern zu verschleiern. Diese fortgesetzten Miserefolge müssen für die wirtschaftliche Lage und für die allgemeine Lage Europas die schlimmsten Rückwirkungen haben. In dem Augenblick, wo sich der „Europa-Ausschuss“ versammle, um über die gemeinsamen Leiden Europas nachzudenken, erhöhe man die Zollgrenzen. Durch künstliche Mittel erleichtere man Dumpingmethoden, und dieses Dumping stärke wiederum den Hochschuttsoll. Im Hintergrund stehen die Gefahr eines allgemeinen Zollkriegs. Man müsse sich fragen, ob heute noch Hilfe möglich sei.

Wenn das Ziel des Europa-Ausschusses nur sei, in langer Arbeit langsam vorzuschreiten, dann müsse er den Ministern des Außen zu rufen, sie sollten nicht glauben, daß die Wirtschaftsfragen nur ihre Kollegen vom Handel angingen. Die Schaffung einer besseren wirtschaftlichen Organisation ganz Europas gehöre auch zu den Aufgaben derjenigen Minister, die für gute Beziehungen unter den Völkern zu sorgen hätten. Es gebe immer noch eine Möglichkeit, den Gefahren auszuweichen, indem man die jetzt in Gang befindlichen zweiseitigen Wirtschaftsverhandlungen weiter betreibe. Wenn diese Verhandlungen ein Ergebnis hätten, werde es vielleicht noch möglich sein, das allgemeine Handelsabkommen in Kraft zu setzen. Andernfalls müßte man darauf verzichten.

Der Verlauf der ersten Europaverhandlungen wird in deutschen Kreisen nicht ganz ungünstig beurteilt, weil der Ausschuss doch wenigstens den Versuch macht, zur Klärung der Wirtschaftslage und damit zu einer etwaigen Milderung der Wirtschaftsnot beizutragen. Es mußte allgemein auffallen, daß Briand bei der ersten Sitzung die von ihm anfangs so in den Vordergrund geschobenen politischen Fragen nur in allgemeinen Wendungen gestreift, den Hauptton jedoch auf die Wirtschaftsfragen gelegt hat, die er noch in seiner ersten Denkschrift als Fragen zweiter Ordnung bezeichnete.

Daß der Verlauf der ersten Tagung so vollkommen anders wurde, als die Regie des Völkerbundssekretariats es wollte, ist ganz offenbar auf die Vorträge von Dr. Curtius und ganz besonders von Grandi in der Frage der Hinzuziehung Rußlands und der Türkei zurückzuführen. Damit ist die Absicht vermindert worden, den Ausschuss mit der Zeit zu einer vollendeten Tatsache werden zu lassen, ohne daß man jemals die wichtigsten Fragen seiner Zusammensetzung und seiner Abstimmungsweise gestreift hätte. Der Ausschuss ist nunmehr gezwungen, in irgendeiner Form zu diesen Dingen Stellung zu nehmen, vor allem auch zu der grundsätzlichen Frage, wie der Europa-Ausschuss tatsächlich auszuweisen soll, während man ihn anfangs für die nächsten drei oder vier Ratstagungen noch im unklaren lassen wollte.

## Englischer Vorstoß in Südamerika

Der englische Thronfolger Prinz von Wales hat am 16. Januar in Begleitung seines Bruders Prinz Georg und anderer Herren eine auf drei Monate berechnete Reise nach Peru, Bolivien, Chile, Argentinien und Brasilien angetreten. Der Gipfelpunkt der Reise wird die Eröffnung der britischen Reichshandelsausstellung in Buenos Aires am 14. März sein, der größten derartigen Ausstellung, die je außerhalb Englands abgehalten wurde. Auf dieser Ausstellung werden 800 britische Firmen vertreten sein und der Wert der ausgestellten Waren, besonders Kraftwagen und Flugzeuge, wird auf 80 Millionen Mark geschätzt.

In den letzten Jahren bemühte sich England lebhaft, die verlorenen Märkte in Südamerika wieder zu gewinnen und womöglich neue zu erobern. In erster Linie handelt es sich dabei um einen Kampf gegen den nordamerikanischen Wettbewerb, der nach dem Krieg das Hauptgeschäft in Südamerika auf Kosten Englands an sich gerissen hat.

Bereits im Jahr 1929 ging im amtlichen Auftrag eine englische Handelsabordnung unter Führung des Lord D'Abernon, des früheren britischen Botschafters in Berlin, nach Südamerika. Sie kam mit einem Handelsabkommen zwischen England und Argentinien zurück, das der im vorigen Dezember gestürzte argentinische Präsident Frigoyen um so bereitwilliger abschloß, als er ein ausgesprochener Gegner der Vereinigten Staaten und ihrer südamerikanischen Politik war. Nach diesem argentinisch-englischen Abkommen sollten die Argentinier für 320 Millionen Mark britische Waren jährlich abnehmen, wogegen England für dieselbe Summe argentinische Rohstoffe einführen würde. Dieses Abkommen ist infolge des Präsidentensturzes zurzeit in der Schwebe. Präsident Uriburu hatte kurz nach seinem Amtsantritt zwar erklärt, das Abkommen bestehe praktisch nicht mehr. Er nahm aber bald darauf, offenbar unter dem Druck von England, diese Äußerung zurück und berief sich darauf, er müsse erst die Genehmigung durch das Parlament nachsuchen. Da aber zurzeit in Argentinien kein Parlament besteht, ist das Schicksal des Abkommens völlig unentschieden. Das zurzeit in Argentinien angelegte englische Kapital wird auf 8,6 Milliarden Mark geschätzt, wovon 1,5 Milliarden Mark erst nach dem Krieg von den Engländern dort angelegt wurden. Der größte Teil der argentinischen Eisenbahnen ist in englischem Besitz. Die Engländer berufen sich bei den Argentinern vor allem darauf, daß sie für 1,6 Milliarden Mark jährlich aus Argentinien einführen, während Argentinien nur für 600 Mill. Mt. britische Waren kauft. Der handelspolitische Vorstoß Englands in Südamerika interessiert natürlich nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch Deutschland, da die britische Ausdehnung in nicht geringem Maß auch auf Kosten des deutschen Wettbewerbs erfolgen wird.

## Neue Nachrichten

### Empfang beim Reichspräsidenten

Berlin, 18. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing gestern den deutschen Gesandten in Bukarest, v. Mutius.

### Kommunistisches Kinderheim als Funktionärschule

Gotha, 18. Jan. Eine Durchsuchung des kommunistischen angeblichen Kinderheims „Mopr“ in Gotha durch die thüringische Polizei ergab, daß die Anstalt in Wirklichkeit eine Bezirksschule zur Heranziehung von kommunistischen Parteifunktionären ist, in der auch staatsfeindlich verfolgte Personen verborgen gehalten wurden. Schriftmaterial zur Vorbereitung von Hochverrat, Waffen und Munition wurden beschlagnahmt. Die Schule wurde von dem preussischen Landtagsabgeordneten Duddins-Erfurt geleitet.

### Einladung Rußlands und der Türkei zur Europa-Konferenz

Genf, 18. Jan. Hayas glaubt melden zu können, daß Rußland und die Türkei zu den weiteren Arbeiten des Europa-Ausschusses eingeladen werden.

### Kündigung des Oldenburger Oberbürgermeisters

Oldenburg, 18. Jan. Die Stadtverordnetenversammlung in Oldenburg-Stadt hat mit 25 gegen 16 Stimmen einen nationalsozialistischen Antrag angenommen, den Oberbürgermeister zur Disposition zu stellen, weil er für den Anschluß des Landes Oldenburg an Preußen eintrat.

### Lehrerentlassungen in Schlesien

Kattowitz, 18. Januar. Die polnische Disziplinarkommission beim Kattowitzer Appellationsgericht hat die Entlassung von 52 deutschen Lehrkräften bestätigt. Weitere Untersuchungen sollen noch gegen 125 deutsche Lehrer im Gange sein. Es handelt sich um die Annahme von Unterstützungen deutscher Minderheitsschullehrer in Oberschlesien von einer reichsdeutschen Lehrervereinigung, die von den

polnischen Schulaufsichtsbehörden als „Nebengebälter“ für die deutschen Lehrkräfte angesehen wurden. Die entlassenen Lehrer haben bei der Disziplinarkommission des Ministeriums in Warschau Berufung eingelegt.

### Dr. Curtius bei Henderson

Genf, 18. Jan. Außenminister Dr. Curtius hat gestern vormittag dem englischen Außenminister Henderson einen Besuch abgestattet.

Briand hat die 27 bei der Konferenz vertretenen europäischen Minister zu einem Frühstück im Anschluß an die gestrige Vormittagsitzung eingeladen.

### Litauen will die Ausländer ausweisen

Kowno, 18. Jan. Die litauische Regierung hat verkündet, daß vom 1. Januar 1932 an keine Ausländer mehr in Litauen beschäftigt werden dürfen. Litauische Unternehmer, die zurzeit noch Ausländer beschäftigen, haben sich bis zu dem genannten Zeitpunkt mit den nötigen Hocharbeitern aus der Zahl der litauischen Staatsangehörigen zu versorgen.

Von diesem Vorgehen der litauischen Regierung werden vor allem sehr zahlreiche Reichsdeutsche betroffen, die schon seit einer ganzen Reihe von Jahren in Litauen wohnen und seinerzeit von litauischen Stellen unter ausdrücklicher Billigung der Regierung als hochqualifizierte Facharbeiter ins Land gerufen worden sind. Sollte verfehlt werden, die Durchführung dieser Anordnung auch auf das Remelgebiet auszuweiten, dann würden mehrere tausend Reichsdeutsche um ihre Existenzmöglichkeiten gebracht werden. Da aber auch eine große Zahl litauischer Staatsangehöriger in Deutschland ihr Brot verdienen, ist nicht anzunehmen, daß die Reichsregierung sich dieses feindselige litauische Vorgehen ohne weiteres gefallen lassen wird.

Das gegen die Deutschen gerichtete Litauen hat sein in Genf abgegebenes Versprechen, die Zensur im Remelgebiet zu beseitigen, nicht erfüllt. Unmittelbar nach der Ratstagung wurde die Zensur zwar eine kurze Zeitlang etwas milder gehandhabt, dann aber wieder sehr scharf ausgeübt.

### Türkischer Ministerbesuch in Rumänien

Bukarest, 18. Jan. Auf Einladung der rumänischen Regierung wird der türkische Außenminister Tansil Ruchdi bei einem Besuch in Bukarest machen. Es soll sich um eine Vermittlung zwischen Rumänien und Rußland handeln, zu der die Türkei schon vor Monaten ihre Dienste angeboten hatte. Von Bedeutung ist, daß zurzeit Polen mit Rumänien über eine Verlängerung des rumänisch-polnischen Bündnisses gegen Rußland verhandelt. In diesen Verhandlungen brachte aber Polen sehr weitgehende Forderungen vor, u. a. die, daß Rumänien Polen auch in einem Krieg gegen Deutschland militärisch zu unterstützen habe. Wie es scheint, will Rumänien sich auch einen andern Weg offen lassen, als die Verständigung mit Rußland nur über Polen zu finden.

### Verlängerung des polnisch-rumänischen Vertrags

Genf, 18. Jan. Die Verlängerung des polnisch-rumänischen „Wirtschaftsvertrags“ auf 5 Jahre wurde in Genf von den Außenministern Zaleski (Polen) und Mironescu (Rumänien) unterzeichnet. Der Vertrag soll sich künftig von selbst um je 5 Jahre verlängern, wenn er nicht innerhalb Jahresfrist gekündigt wird.

### Weitere Ausschaltung des Reichstags

Berlin, 18. Jan. Reichstagspräsident Löss schlägt vor, die Geschäftsordnung des Reichstags dahin abzuändern, daß nur der bisherigen drei Lesungen in Zukunft nur noch zwei Lesungen stattfinden. Der Reichstag hätte sich nach Lösses Vorschlag nur noch mit den allgemeinen Grundrissen der Gesetze wärte zu beschäftigen, während die Einzelberatung den Ausschüssen überlassen bleiben soll. Anders werde der Reichshaushaltsplan nicht bis 31. März erledigt werden können.

### Lorbeerkranz der Reichsregierung am Sarg Bismarcks

Berlin, 18. Jan. Am Sarkophag Bismarcks hat die Reichsregierung einen Lorbeerkranz niederlegen lassen, dessen schwarz-rot-goldene Schleifen die Inschrift tragen: „Der Reichskanzler und die Reichsregierung zum 18. Januar“.

### Gegen Reichsminister

Berlin, 18. Jan. Im Haushaltsausschuß des Reichstags haben die Kommunisten den Antrag eingebracht, das Gehalt des Reichsministers Treviranus zu streichen.

Halbamtlich wird eine Meldung, die bürgerlichen Parteien haben über die Stellung des Reichsfinanzministers Dietrich Besprechungen gehabt, für unzutreffend erklärt.

### Reichsgründungsfeier in Stuttgart

Die Landeshauptstadt hat den Tag der 60. Wiederkehr der Gründung des Deutschen Reichs begangen. Für die

Denkt an die hungernden Vögel!

Truppen von Groß-Stuttgart fanden um 9 Uhr in der evangelischen Garnisonkirche am Hegelplatz und in der kathol. Eberhardskirche Militärgottesdienste statt. In beiden Kirchen waren auch die Feldzeichen der alten württ. Regimenter aufgestellt. Nach den Gottesdiensten marschierten die Truppen zur Paradeausstellung in den Hof des Neuen Schlosses. Die Parade wurde vom Infanterieführer V. Generalmajor Halm kommandiert. Bei der Parade waren Staatspräsident Dr. Volz mit den Ministern Dr. Beyerle, Dr. Bagille, Dr. Dehlinger und Dr. Maier, sowie die Generale des alten Heers als Ehrengäste neben zahlreichen anderen geladenen Gästen anwesend. Der Befehlshaber im V. Wehrkreis, Generalleutnant Frhr. Seutter v. Löben, hielt eine Ansprache an die Truppen. In tadelloser Haltung und Richtung und unter dem Weisfall der vielen Tausenden, die diesem glänzenden militärischen Schauspiel beiwohnten, marschierten die Truppen in Paradeschritt an dem Divisionskommandeur und dem Staatspräsidenten vorbei. — Auf 1/2 12 Uhr hatten die Staatsregierung, die Reichsbehörden, die Stadt Stuttgart, die Techn. Hochschule Stuttgart und die Landw. Hochschule Hohenheim zur eigentlichen Reichsgründungsfeier in die Stadthalle eingeladen. In Massen strömte die Bevölkerung Stuttgarts zur Stadthalle, die lange vor Beginn ganz überfüllt war und polizeilich geschlossen werden mußte. Vor dem Rednerpodium war eine Waffe Bismarcks aufgestellt. Es war ein prächtiges Bild, als die 41 Fahnen der alten ruhmbedeckten württ. Regimenter auf dem Podium um die Musik aufstellung gesunden hatte. Die Gedenkrede hielt Universitätsprofessor Dr. jur. Walther Schönfeld aus Tübingen, der die große Vergangenheit des deutschen Volkes vor dem geistigen Auge des Zuhörers wieder erstehen ließ. Das Deutsche Reich mußte kommen, weil es in Gottes ewigen Plan lag, als er das Volk der Deutschen schuf. Ein Mann aus preussischem Geiste, aus dem Staat Friedrichs des Großen und Kants ist es gewesen, den sich die Vorhebung dazu erkort, das Ungeheure zu vollbringen, dem deutschen Volk sein Haus zu gründen. Dieses Reich trotz aller Not der Zeit zu erhalten, ist unsere oberste Pflicht. Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandlieds schloß die schöne Feier.

## Württemberg

Stuttgart, 18. Januar.

Die Grippe geht um. Bei den Stuttgarter Ortskrankenkassen ist seit 8 Tagen die Zahl der Krankmeldungen erheblich gestiegen. Während im allgemeinen die Zahl der Gesundmeldungen gleich groß ist wie die der Krankmeldungen, hat sich jetzt nach dem St.N.L. das Verhältnis beträchtlich verschoben. Von den gemeldeten Krankheitsfällen entfallen nach dem heutigen Stand ein Drittel — bisher nur ein Zwölftel — auf Grippe und Bronchitis. Diese Fälle dauern jedoch durchweg nur kurze Zeit.

Der DSV. im Jahr 1930. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DSV.) konnte trotz der Krise seine Mitgliederzahl im Jahr 1930 von 379.590 auf 404.009 steigern. Mit dem Mitgliederzuwachs erhöhte sich die Zahl der Ortsgruppen auf 1956. Auch außerhalb der Reichsgrenzen gewinnt der Verband dauernd an Bedeutung. Im vergangenen Jahr wurden an 15 Auslandsplätzen neue Ortsgruppen gegründet. Berufsmäßig geleitete Geschäftsstellen bestehen 190, darunter im Auslande Paris, Madrid, Barcelona, Amsterdam, New York, London, Buenos Aires und Santiago de Chile. Der DSV. zahlte im Jahr 1930 1,6 Mill. RM. (mehr als das Doppelte der Auszahlungen 1929) für Stellenlosenunterstützung. 570 Mitglieder erhielten, da sie das 60. Lebensjahr überschritten und stellenlos waren, bezw. 25 Jahre Mitglied sind und das 65. Lebensjahr überschritten, Altershilfe. Außerdem wurde Hinterbliebenengeld gezahlt. Die dem Verband angegliederte Berufskrankenkasse verausgabte fast 25 Mill. RM. für erkrankte und erholungsbedürftige Mitglieder. Der Verband konnte 12.225 Stellen besetzen. Ende 1930 verzeichnet die Stellenvermittlung 30.000 Bewerber, davon sind 24.000 stellenlos.

Gegen Eingriffe in die Preisgestaltung. Am Freitag waren hier die Vertreter der süddeutschen Nahrungsmittelindustrie versammelt. Dabei wurde telegraphisch folgende Entscheidung dem Reichsfinanzminister, dem Reichsminister und dem Reichswirtschaftsministerium in Berlin mitgeteilt: „Die Vertreter der süddeutschen Nahrungsmittelindustrie warnen dringend vor schematischen Eingriffen in die Preisgestaltung, wie ihn der Verordnungsentwurf betreffend Preisfestlegung und Preisbindung vorsieht. Die Verhältnisse der in Frage kommenden Industrien liegen grundverschieden. Unsere Industrien kennen keine Kartelle und überlegten Handelsbündnisse. Vernichtuna bewährter Verkaufsorganani-

tionen, Arbeitslosigkeit und Verringerung der Steuererträge wären die unausbleiblichen Folgen. Die Wirtschaft braucht dringend stabile Verhältnisse, um kalkulierend und die Betriebe aufrecht zu erhalten zu können. Nur beschleunigter Abschluß der behördlichen Eingriffe kann eine Wiederbelebung der Wirtschaft bringen.

Drahtbruch. Am Freitag nachmittag 5 Uhr ist auf dem Hindenburgplatz der Draht des Straßenbahnoberleitungsnetzes gedrohen. Der Draht hing auf die Straße und behinderte den Verkehr.

ep. Stuttgart, 18. Januar. Zusammentritt des Landeskirchentags. Am Montag, 9. Februar, nachmittags 3 Uhr, wird der Evangelische Landeskirchentag zur Behandlung des kirchlichen Gesetzes über die Aenderung des Kirchenbuchs Teil 1 zusammentreten.

Verkehrswissenschaftliches Institut für Luftfahrt. Am Freitag hielt das Kuratorium des Verkehrswissenschaftlichen Instituts für Luftfahrt an der Technischen Hochschule Stuttgart seine erste konstituierende Sitzung ab. Zum Vorsitzenden wurde Staatssekretär z. D. Fischer gewählt. Der Leiter des Instituts, Professor Dr. Pirath, sprach über den amerikanischen Luftverkehr auf Grund einer längeren Studienreise. Nach der Tagung wurde der Flughafen Böblingen besichtigt.

Vom Tage. Beim Westbahnhof ließ sich eine 37 J. a. Frau von einem Zug überfahren und wurde tödlich verletzt.

## Aus dem Lande

Sillenbuch, 18. Jan. Kein Geld für Weiterführung der Straßenbahn. Zurzeit werden weitere Verhandlungen über den zweigleisigen Ausbau der Straßenbahn an der Haltestelle Ruhebank-Silberwald geführt. In diesen Zusammenhängen erklärte die Gemeinde, sich am Weiterbau der Straßenbahn nach Heumaden und Ruit finanziell nicht beteiligen zu können.

Tailfingen W. Balingen, 18. Jan. Diebstähle. In den letzten Tagen wurden in drei Häusern Diebstähle ausgeführt. In einem Haus in der Ebingerstraße verschwand ein Geldbeutel aus dem Hausflur. Bei der Firma Martin Ammann wurde aus dem Garderobezimmer des Personals die Handtasche einer Kontoristin entwendet. In einem andern Gebäude wurde in der Küche die Barista des Dienstmädchens gestohlen. Man nimmt an, daß die Diebstähle durch Bettler ausgeführt wurden.

Ulm, 18. Jan. Der Fremdenverkehr im letzten Jahr. Seit 1923 ist die Besucherzahl Ulms ständig gestiegen. 1930 hatten wir: Einmalige Beherbergungen 119.438, davon Deutsche 111.389, Ausländer 8049. Uebernachtungen waren es 175.383. Wenn man annimmt, daß etwa zwei Fünftel übernachteten und drei Fünftel nicht übernachteten, dann kommt man auf eine Gesamtbesucherzahl von rund 299.000. Der Hauptanziehungspunkt für die Fremden war das Ulmer Münster, das gegen Karten von rund 69.000 Personen besucht wurde. Der Hauptort wurde von 107.255 Personen besucht. Sehr gut besucht waren auch die Führungen, die der Fremdenverkehrsverein veranstaltet. Etwa ein Sechstel der Oberammergauerbesucher ist in Ulm abgestiegen. Bezeichnend ist, daß trotz des gesteigerten Fremdenverkehrs die Zahl der in Ulm gelösten Bahnkarten gegenüber dem letzten Jahr um 93.000 Stück zurückgegangen ist. Im ganzen wurden 1.231.606 Fahrkarten abgegeben. Dabei sind die Nebenbahnhöfe mit etwa 71.000 nicht berücksichtigt. Zu Beginn des neuen Jahres gab es in Ulm 2000 Radiobesitzer.

Waldsee, 18. Jan. Kein Stadtiubiläum. Mit Rücksicht auf die gedrückte wirtschaftliche Lage hat die Stadtverwaltung von der Feier des Stadtiubiläums, das in diesem Jahre hätte begangen werden können, Abstand genommen.

Vom bayerischen Allgäu, 18. Jan. Meineidsverleumdung. — Unter den Schlitten geraten. Der verheiratete Rentner Philipp Böck, der einen Gast in einer Wirtschaft blutig geschlagen und diesem vor der Verhandlung 50 Mark verprochen hatte, wenn er günstig für ihn auslage, wurde vom Gericht in Memmingen zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. — Dem Dienstrecht Georg Romoser von Hochstätt scheuten die Pferde vor einem entgegenkommenden Auto, so daß der mit Milchbübeln beladene Schlitten über die Straße hinuntergeworfen wurde. Romoser geriet unter den Schlitten und wurde am Kopf sehr schwer verletzt.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ein Schloß um 8000 Mark. Das Schlingener Schloß bei Mühlheim (Baden), das zum Besitz des Grafen Otkav

Andlau in Bellingen gehört, wurde in der Zwangsversteigerung um den Preis von 8000 RM. ersteigert. Da auf dem Anwesen ein im Grundbuch eingetragener Nutzen zugunsten der verstorbenen Frau Hofmarschall Gräfin Andlau in Freiburg, sowie deren Tochter auf Lebenszeit lastet, waren ernstliche Kaufinteressenten nicht vorhanden. Das Anwesen ging schließlich um den genannten Preis in den Besitz der Gräfin Robert Andlau, der Mutter des Grafen Otkav, über.

Das Wetterfräulein. Im Münchner Fernsprechamt verließ vom 16. Januar an eine der Beamtinnen einen neuen Dienst: Sie wird Wetterfräulein und hört auf R. 13. Alle auf das Wetter bezüglichen Fragen werden von ihr beantwortet, sogar der letzte Schneevericht und die Schneehöhen der einzelnen Orte sind ihr geläufig. Die Neueinrichtung wird in Sportkreisen lebhaft begrüßt.

Der bekannte Schwindler Leon Bernard, der schon in Wiesbaden, Frankfurt a. M. und Koblenz Banken geschädigt hat, hat auch in Köln die Filiale einer Großbank um 12.000 Mark betrogen. Er wies außer einem Begleitschreiben auch eine Anweisung der Barclay-Bank in Nizza vor, auf das hin ihm die Summe ausgezahlt wurde. Der Betrug wurde erst in den Abendstunden entdeckt.

Wieder ein deutscher Friedhof im Weichselhorridor geschändet. Auf dem evangelischen Friedhof in Frankenstein wurden sämtliche Gedenktafeln zertrümmert, die Mauerpfeiler umgebrochen, die Tore und Grabgitter gestohlen. Von sämtlichen Bäumen wurde die Rinde abgeschält, so daß die Bäume eingehen werden. Außerdem wurden einzelne Gräber beschmutzt. Es haben also wieder einmal Polen, wie schon so oft, ihr Müßchen an Gräbern von Deutschen geküßt. Die Nachforschungen nach den Tätern waren, wie üblich, erfolglos.

1014 Selbstmorde in Wien im Jahre 1930. Nach einer Zusammenstellung der Polizei-Korrespondenz haben im Jahr 1930 in Wien insgesamt 3065 Personen, und zwar 1447 Männer und 1618 Frauen, im Alter zwischen 17 und 85 Jahren versucht, sich das Leben zu nehmen, und 1014 Menschen durch Selbstmord den Tod gefunden. Gegen das Jahr 1929 ist eine leichte Steigerung zu verzeichnen. Bei zwei Drittel der Lebensmüden war Wirtschaftsnot die Ursache.

Neues Erdbeben in Süd-Mexiko. Seit dem großen Erdbeben, das Mexiko am 15. Januar heimlich, wurden in Süd-Mexiko 14 weitere Erdstöße wahrgenommen. In dem südlich von Oaxaca gelegenen Ort Misatlan wurden 20 Personen getötet.

Rauchkäulen vor der Küste Mexikos. Aus Mazatlan wird berichtet: In einiger Entfernung von der Küste erblickt man ungeheure Rauchkäulen über dem Meer. Außerdem spült die See schon seit einigen Tagen tote Fische ans Gestade. Man nimmt an, daß dies auf den Ausbruch eines unterseeischen Vulkans zurückzuführen ist.

Großer Goldklumpen in Australien gefunden. Der 17-jährige Sohn eines Goldgräbers in Larkinsville fand, wie gemeldet wird, einen Goldklumpen, der 153 Unzen schwer ist und einen Wert von rund 6000 Pfund Sterling hat. Dies ist der größte Goldklumpen, der jeweils in Westaustralien gefunden worden ist.

Vermisster Schitourist. Der 24-jährige Klaus Klier aus Köln hatte am 9. Januar eine Schitour auf den Grüntenen bei Sonthofen i. Allgäu unternommen und wird seitdem vermisst.

Das älteste Glasgemälde gestohlen. In der Zeit zwischen dem 4. Dezember und dem 12. Januar ist aus der Bittalkirche zu St. Magdalena in Hadernnigen bei Weihenstephan das älteste Glasgemälde in Oesterreich, das aus dem 12. Jahrhundert stammende Bild der Maria Magdalena, gestohlen worden. Der Wert des Bilds wird auf rund 70.000 Schilling geschätzt.

Die Untersuchung über den „Todesnebel“ im Maastal. Aus Lüttich wird berichtet: Die Sachverständigen haben die Untersuchung über die Ursache der in Folge des sogenannten Giftnebels in Engis und Umgebung eingetretenen Todesfälle noch nicht abgeschlossen. Sie haben jedoch bei den Leichen eine Entzündung der Lufttröhre festgestellt, die auf die Herzaktivität lähmend gewirkt hat. Der Nebel hat einen scharf wirkenden Stoff enthalten, dessen Beschaffenheit noch nicht ermittelt werden konnte. Die Arbeiten der Sachverständigen werden noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

Ein französisches Ganzmetall-Kampfflugzeug. Auf dem Flugplatz Istres wurde ein neues Kampfflugzeug, ein Ganzmetallflugzeug erprobt. Das Flugzeug hat ein Gesamtgewicht von 6000 Kilogramm, die Spannweite der Tragflächen beträgt 27 Meter. Es handelt sich um einen Apparat mit zwei 700-PS-Motoren, der eine Geschwindigkeit von 250 Stundenkilometern erzielen kann.

## Die Mutter

Roman von Lola Stein.

13. Fortsetzung.

Kadenz verboten.

„Hede, du? Höre, du hast eine nette Geschichte angeht, als du uns diesen Udo Holst ins Haus schicktest. Uchi hat sich mit ihm verlobt. Was sagst du? Ja, das finde ich auch!“

„Was sagst sie denn?“ drängte Uchi.

Er gab ihr den Apparat. Und sie hörte der Schwester helle Stimme, halb lachend, klug sie und halb empört:

„Aber die Uchi ist ja verrückt, verrückt! Das ist doch kein Mann, den man heiratet! Kein Mann für Uchi!“

„Hede, ich verbiete dir —“ schrie sie hinein. Da nahm der Vater ihr den Hörer wieder ab und sprach weiter:

„Das Rädel ist außer Rand und Band, Hede! Ich weiß nicht, was ich machen soll. Was sagst du? Du willst herkommen? Morgen früh? Gut, wir erwarten dich mittags. Dann das Weitere mündlich. Gruß an deinen Mann. Schluß.“

Er hängt aufzufend ein. „Wenn eure gute Mutter das erlebt hätte!“

„Sie wäre sicher auf meiner Seite gewesen.“

„Aber Kind, vielleicht wärst du dann ganz anders geworden. Nicht so eigenwillig, nicht so selbständig. Ich habe euch von jeher zu viel Willen gelassen. Ihr seid mir über den Kopf gewachsen, alle drei.“

Sie schmeichelte: „Keine Sorgen machen. Nicht so viel denken. Ich bin glücklich, glücklich bin ich, was willst du eigentlich mehr?“

„Daß du es bleibst, kleine Uchi! Also so glücklich bist du? Trotz der unsicheren, schweren Verhältnisse, trotz Woh-

nungsnot, Unbequemlichkeiten, Einschränkungen? Und trotz der Schwiegermutter?“

„Ja, ja.“ lachte sie, „trotz alledem.“

Am nächsten Vormittag hielt Udo Holst in aller Form um Uchis Hand an. Er sagte seinem zukünftigen Schwiegervater, daß er eine Frau sehr wohl ernähren könne, daß Uchi bereit sei, sich seinen Verhältnissen anzupassen, mit dem Vorlieb zu nehmen, was er ihr bieten könne.

Herr Remstedt machte wenige Einwendungen. Er kannte keine Uchi. Sie hatte sich in den Kopf gesetzt, diesen Mann zu heiraten — dagegen war nichts zu machen. Bieleicht war dieser geistig bedeutende, aber fürs praktische Leben nach Fritz Remstedts Meinung völlig untaugliche Mensch wirklich ihr Glück.

Er sagte, daß er Uchi ein monatliches Radelgeld aussetzen wolle, damit sie in Kleidung und Taschengeld unabhängig von ihrem Manne sei.

„Sie werden ja sowieso schwer genug zu ringen haben.“ — er konnte sich zu dem Du der Anrede noch nicht entschließen — „leicht haben es die geistigen Arbeiter im heutigen Deutschland nicht.“

Udo war heute sehr entzückt von seinem Schwiegervater. Er hatte nicht geglaubt, auf soviel Verständnis, auf soviel Entgegenkommen rechnen zu können.

„Wenn Sie so großzügig sind, wenn Sie mir die ganze Sorge um Uchis Garderobe abnehmen, dann habe ich's ja leicht.“ sagte er, sichtlich befriedigt. Uchis seidene Strümpfe, ihre vielen Handschuhe und Täschchen, die hundertlei luxuriösen Kleinigkeiten an ihrem süßen Perlonchen, deren Kostspieligkeit Udo dunkel ahnte, die er aber besonders reizvoll und absolut als zu ihr gehörig empfand, hatten ihm irgendwie dunkle Sorgen gemacht. „Ver-

gnügungen kosten uns nichts, Theater, Kinos, Kabarett habe ich frei. Dann wäre nur das bishigen Leben zu bestreiten, das ist ja eine Kleinigkeit.“

„Unterstützen Sie das gerade nicht.“ meinte Herr Remstedt. „Sie haben noch keinen Haushalt geführt, mein lieber Udo.“

Bis wir unser eigenes Heim haben, werden wieder normalere Verhältnisse sein, so schnell geht das mit der Wohnung ja leider nicht. Und bis dahin kommt Uchi in unseren Haushalt, der sowieso besteht, den meine Mutter leitet. Ich sehe überhaupt keine Schwierigkeiten, weder wirtschaftlicher Natur noch sonst.“

„Soffentlich behalten Sie recht, lieber Udo. Nur noch eins möchte ich Ihnen raten: Uebereilen Sie die Hochzeit nicht. Uchi versteht nichts von einer Haushaltung, nichts vom Kochen. Sie hat immer erklärt, das alles hätte Jett, bis sie einmal verlobt sei. Leider habe ich ihr auch darin ihren Willen! gelassen. Nun muß sie bei unserer Wirtschaftlerin, bei unserer tüchtigen Therese alles noch lernen.“

Warten?“ fragte Udo. „Und darauf warten? Nein, nein, das dürfen Sie nicht von uns verlangen. Was Uchi nicht kann, wird meine Mutter ihr zeigen, bei ihr wird sie alles lernen, was ihr fehlt. Gerade so wie sie ist, liebe ich sie so sehr. Gerade daß sie nicht wie andere Frauen vom Wirtschaften, von praktischen Dingen spricht, daß sie ahnungslos und unbekümmert ist, ist ja so entzückend, so reizvoll an ihr.“

„Reizvoll mag es sein für den Unbeteiligten. Ob Sie in der Ehe auch noch so denken werden?“

(Fortsetzung folgt.)

Berlin lehnt die Biersteuererhöhung ab. Die Berliner Stadtverordneten haben einer Vorlage des Magistrats über die Biersteuer, die rückwirkend ab 1. Januar 1931 eine Erhöhung um 10 Mark das Hektoliter vorsieht, abgelehnt. Die monatliche Mehreinnahme durch diese Erhöhung war auf 1,65 Millionen Mark geschätzt, der Mehrpreis im Kleinverkauf hätte 5 Pfg. das Glas betragen.

Die diesjährige internationale Flugplankonferenz wird vom 19. bis 22. Januar in Berlin unter Beteiligung aller am Luftverkehr interessierten europäischen Länder tagen. Auf der Tagesordnung stehen Beratungen über die internationalen Anschlüsse im Luftverkehr, vor allem aber über die Tariffragen. Besonders soll darüber verhandelt werden, den Luftverkehr zu verbilligen.

## Die Graf Brockdorff-Vorträge in Neuenburg und Wildbad.

Fast beispiellos stark war der Besuch des Vortrags von Dr. Alexander Graf Brockdorff in Neuenburg über „Hugenberg, Hitler und der Margismus“, und ebenso überfüllt der Wildbader Vortrag desselben Redners über „Der Weg zur Revision“.

Wir haben uns bemüht, ausführliche Unterlagen für unsere Leser schon deshalb zu bringen, weil man nachträglich über diese Vorträge auch hier sprechen hört. Wir gehen wohl nicht fehl mit der Annahme, daß es vielen erwünscht sein wird, ausgedehnte Vortragswiedergaben nachträglich lesen zu können, zumal ja bei weitem nicht alle Interessenten in die überfüllten Säle hinein konnten, sondern entweder vor der offenen Saaltüre ausharren, oder gar unverrichteter Sache umkehren mußten.

Wir berichten zuerst über den Vortrag in Neuenburg und lassen die Wiedergabe des Wildbader Vortrags folgen:

Vortrag in Neuenburg am 13. Januar 1931.

### Hugenberg, Hitler und der Margismus.

Die Erfüllungsparteien haben das deutsche Volk in grauenhafter Weise über die Wirkungen des Youngplans getäuscht. Anstatt der verheißenen Senkung der Steuern, Sanierung von Wirtschaft und Finanzen, Milderung der Arbeitslosigkeit bricht eine unavishbare Wirtschaftskatastrophe über Deutschland herein. Unter dem Youngplan ist ein Gebeihen Deutschlands auch vollkommen unmöglich. Der Youngplan fordert von Deutschland ungeheuerliche Leistungen und verhindert gleichzeitig die Ausbringung des Möglichen. Wir zahlen deshalb die Tribute nicht aus eigener Kraft, aus Ueberhüssen der deutschen Wirtschaft, sondern mit geliehenem Auslandsgeld, mit dem Ausverkauf der produktiven Werte des Volksvermögens, mit der Verschleuderung von Waren auf dem Weltmarkt unter Selbstkostenpreis. 10 Milliarden Goldmark haben wir von 1924 bis 1930 an den Feindbund gezahlt, aber 20 Milliarden Goldmark aus dem Ausland in der gleichen Zeit geliehen. Dies Verfahren nähert sich seinem Ende. Einmal wird der deutsche Kredit erschöpft und der große Ausverkauf zu Ende sein. Dann droht eine beispiellose Tributkatastrophe und die Auspandung Deutschlands durch den Feindbund. Gleichzeitig schrumpft die deutsche Wirtschaft zusammen; sie muß immer mehr Betriebe einschränken, still legen, abreißen. Die Zahl der Arbeitslosen hat fast 5 Millionen erreicht. Es ist vollkommen sinnlos, wenn man glaubt, dieser zwangsläufigen Entwicklung begegnen zu können mit neuen Steuern und sozialen Lasten und Krediten. Am 12. Dezember 1929 versprach das Kabinett Hermann Müller dem deutschen Volk für 1930 eine Steuerentlastung um 915 Millionen Mark, wenn der Youngplan angenommen würde. Statt dessen sind die Reichsteuern und sozialen Lasten im Jahre 1930 um weit über 2000 Millionen Mark erhöht worden, während das Reich fast 1500 Millionen Mark sich aus dem Ausland leih und für etwa 500 Millionen Mark Reichseigentum verkauft. Trotzdem ist die Lage der Reichsfinanzen schlimmer als je. In einer einschrumpfenden Wirtschaft geraten Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen unvermeidlich in schwerste Finanznot, denn sie alle leben von der Wirtschaft. Bringt ein Betrieb zusammen, dann fallen die Steuern weg, die der Betrieb und seine Arbeiter gezahlt haben, und die Arbeitslosen gewordenen legen den öffentlichen Finanzen neue Lasten auf. Ohne Sturz des Youngplans ist deshalb keine Sanierung möglich. Ausichtslos ist das Finanzreformprogramm der Regierung Brüning, ihr Dfhtilizeprogramm, ihre Preisentzugsaktion. Auch die Lohnsenkung wird ihren Zweck verfehlen. Was die Betriebe durch die Lohnsenkung einsparen, werden sie binnen kurzem wieder zusehen müssen durch gestiegene Steuern, Soziallasten, Frachten, Preise, und durch gesunkenen Absatz.

Die klügeren Führer der Erfüllungsparteien sind sich hierüber klar und suchen verzweifelt nach einem Ausweg. In Berlin wird gegenwärtig daran gearbeitet, die nationalen Gruppen einzuspinnen für die Fortsetzung der Erfüllungspolitik, wenn die Sozialdemokratie aus dem Regierungsbund von Crispian bis Bestarp ausbricht. Es wird mit Versprechungen und Drohungen nicht gepart, um die Deutschgesinnten dazu zu bringen, sich den Erfüllungsparteien für die Fortführung der Erfüllungspolitik zur Verfügung zu stellen. Würde das geschehen, würde die nationalen Gruppen sich mitschuldig machen an jener Politik, die unser Volk zu Grunde richtet, so würden sie schließlich als die Sündenböcke dastehen, die mit eigenen Händen den Zusammenbruch heraufbeschworen haben. Aber Gott sei Dank dürfen wir das Vertrauen haben, daß Hitler und Hugenberg ihren geraden Weg zur Ablösung des Erfüllungssystems durch eine nationale Regierung gehen werden.

Hitler hat in den Jahren von 1919 bis 1923 eine aus den kümmerlichsten Anfängen heraus, ohne Geld, ohne Presse, ohne Namen die NSDAP geschaffen durch die Wucht seiner Persönlichkeit und seine unvergleichliche Rednergabe.

Aber damals fehlte der Partei der Unterbau; alles stand auf den 2 Augen Hitlers und seiner Fähigkeit die Massen mitzureißen. Der gescheiterte Vorstoß Hitlers in München November 23 brachte die Wende. Scheinbar war die Bewegung zerschmettert. Aber in der einjährigen Festungshaft ist Hitler zum Staatsmann gereift. Der Neubau der zusammengebrochenen Partei von 1925 an war eine unvergleichlich größere staatsmännische Leistung als die Arbeit von 1919 bis 1923. Heute ist die NSDAP eine musterhaft durchorganisierte Gruppe von unvergleichlicher Stoffkraft.

Die deutschnationale Volkspartei hat in den 6 Jahren von Hefersichs Tode bis zum Frühjahr 1930 schwer gelitten unter dem vorherrschenden Einfluß der Frauen und Halben, der Streifemannverehrer und Rächtegerm-Minister, der Rüden und Mürben. Gott sei Dank ist da im Sommer 1930 die Wendung eingetreten, als Hugenbergs 1928 begonnene Arbeit zur Erneuerung der Partei zum vollen Erfolg ge-

Eine Patriarchenfamilie. Der Landwirt Simon Gerlach in Nischelsberg in der Schwalm (Bezirk Kassel) begeht am 16. Januar seinen 101. Geburtstag. Er ist ein erfolgreicher Landwirt und weit bekannter Jäger, er ist in seinem ganzen Leben nie ernstlich krank gewesen, so daß er einen Arzt nie in Anspruch zu nehmen brauchte. Seine sämtlichen Geschwister leben noch und sind alle über 80 Jahre alt.

Beinahe lebendig begraben. In Konstanz waren alle Vorbereitungen zu einem Begräbnis getroffen, als der Scheintote, ein 23jähriger junger Mann, im letzten Augenblick noch den Sarg zertrümmern konnte. Er hatte die Besprechungen zu seinem Begräbnis mitangehört, aber durch Starrkrampf seinen Laut von sich geben oder sich rühren können.

führt wurde: die Unbrauchbaren wurden hinaus gesetzt, die Leute, die nicht kämpfen wollten, gingen, um nicht kämpfen zu müssen. Hugenberg ist eine ganz andere Natur als Hitler: kein kapitalistischer Wüterich, wie seine Gegner behaupten, sondern ein erster fast nüchterer Mann der unerschöpflichen sachlichen Arbeit; hervorgegangen aus dem preußischen Beamtenum, dann der fähigste Generaldirektor der Kruppwerke in den entscheidenden Jahren des Weltkrieges, dann der Retter der nationalen Presse vor dem drohenden Pressemonopol der Ullstein und Mosse, dann der Reiniger und Erneuerer der DNVP.

Von Hitlers und Hugenbergs Haltung wird es abhängen, wie der drohende neue Margistische Vorstoß zu einer neuen Revolution endet. In riesigen Massen treibt die sozialdemokratische Arbeiterschaft dem Kommunismus zu, erbittert durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, Lohnsenkung und Lastenerhöhung und Fiasto des versprochenen Preisabbaues. Sehr groß ist die Gefahr, daß eines Tages sich die Sozialdemokratie mit dem Kommunismus verbindet und eine rote Regierung fordert; oder daß die erbitterten Massen den Führern eines Tages durchgehen und wir über Nacht vor einer ganz oder halb bolschewistischen Revolution stehen. Freilich könnte eine solche rote Revolution auch zur gezielten Bildung einer nationalen Regierung führen, weil ein großer Teil der Mitte des Reichstags sich lieber noch für eine Regierung Hugenberg-Hitler entscheiden würde, als für eine Regierung Thälmann-Christian. Eine solche nationale Regierung würde mit dem Bolschewismus fertig werden, nach außen die Befreiung Deutschlands und im inneren den Neubau des Staates einleiten. Aber alles hängt davon ab, ob die nationalen Gruppen innerhalb und außerhalb des Parlaments sich rechtzeitig einig geworden sind in den entscheidenden Punkten und wissen, wie sie zusammen zu arbeiten haben. Hier fällt auch der stärksten außerparlamentarischen Organisation, dem Stahlhelm, eine wichtige Aufgabe zu. Getrennt und uneinig werden die nationalen Gruppen geschlagen, vereint werden sie siegen. Für das Zusammengehen aller Deutschgesinnten in diesen entscheidenden Fragen arbeitet restlos der Aldeutsche Verband, der seit 40 Jahren in der vordersten Front des Kampfes um Deutschland steht, und der von sich sagen darf, daß er sich wert gezeigt hat des Vertrauens seines ersten Ehrenmitgliedes — Bismarck. Wir glauben nicht an den Youngplan und an das Kabinett Brüning und die Erfüllungsparteien, aber wir vertrauen auf die unbezwingliche Kraft des deutschen Volkes und sind gewillt, in den kommenden Jahren und Jahrzehnten unsere nationale Pflicht zu tun, damit die jetzt heranwachsenden deutschen Kinder einstmals als freie deutsche Menschen auf deutschem Boden stehen!

Vortrag in Wildbad am 14. Januar 1931.

### Der Weg zur Revision des Tributsystems.

Vor 10 Monaten nahm der deutsche Reichstag den Youngplan an und heute sind die schlimmsten Befürchtungen der Pessimisten noch übertroffen. Eine unerhörte Wirtschaftskatastrophe ist herein gebrochen. Ist es möglich, die Schuld daran auf etwas Anderes als auf die Wirkungen des Youngplanes zu schieben?

Die Schuldigen am Youngplan, die dem deutschen Volke von der Annahme des Youngplans wunderbare Erleichterungen versprochen hatten, schühten sich heute in die Ausrede, an der deutschen Not sei die Weltwirtschaftskrise schuld. Aber diese Weltwirtschaftskrise ist zuerst eine Krise der großen Rohstoffländer; der Preis für alle wichtigen Rohstoffe ist in wenigen Jahren auf ein Bruchteil zurückgegangen, der Rohgummipreis z. B. auf etwa 1 Sechstel. Nun ist Deutschland ein Land mit sehr geringer Rohstoffgrundlage und sehr großer Fertigwarenindustrie. Wir führen in riesigem Umfange Rohstoffe ein, verarbeiten sie und führen die Fertigware wieder aus. Der Preissturz der Rohstoffe hat uns im Jahre 1930 nach den Berechnungen des statistischen Reichsamts eine Summe von etwa 700 Millionen Mark glatt gespart. Denn die Preise der Fertigwaren folgen den sinkenden Rohstoffpreisen nur sehr langsam. Ferner ist infolge der Weltwirtschaftskrise der Zinsfuß gewaltig herunter gegangen, so daß wir jetzt aus dem Ausland zu viel niedrigerem Zins uns Geld leihen können. Die Ersparnis, die Deutschland durch verbilligten Einkauf und Zins aus der Weltwirtschaftskrise zieht, überwiegt weitaus den Verlust aus dem verbilligten Verkauf der Fertigwaren.

Wäre ferner die Weltwirtschaftskrise schuld an der deutschen Arbeitslosigkeit, dann müßte ja die deutsche Ausfuhr gewaltig zurückgegangen sein. Aber die deutsche Ausfuhr ist heute noch weitaus höher als im Jahre 1927, während die Arbeitslosigkeit in Deutschland 3 mal so groß ist als 1927. Das heißt: Nicht der Weltmarkt versagt, sondern der deutsche Binnenmarkt. Nicht die deutschen Arbeiter liegen auf der Straße, die für das Ausland arbeiteten, sondern diejenigen, die für den Inlandsbedarf arbeiteten. An dieser zahlenmäßig genau nachrechenbaren Tatsache scheitert jeder Versuch, die Weltwirtschaftskrise zum Sündenbock der Erfüllungspolitik zu machen.

Unter dem Youngplan geht es mit der deutschen Wirtschaft unvermeidlich rückwärts. Wir sollen nach dem Youngplan in den ersten 26 Jahren von 1930 bis 1956 im Jahresdurchschnitt etwa 2,3 Milliarden Goldmark Tribut zahlen. Hierzu kommen noch die Zinsen der 20 Milliarden Goldmark, die Deutschland seit 1923 sich aus dem Ausland geliehen hat, um die Tribute von 1923 bis 1930 zu zahlen; die Zinslast beträgt jetzt etwa 1,4 Milliarden Goldmark im Jahr. Hierzu der Betrag, den die deutsche Volkswirtschaft zu zahlen hat an die ausländischen Besitzer deutscher Unternehmungen, Papiere, Häuser. Es ergibt sich Alles in Allem eine jährliche Belastung von 4 Milliarden Goldmark. Es ist

Der Streit um „Pilsener“ Bier. In den Prozessen, die das Bürgerliche Brauhaus in Pilsen gegen eine Reihe deutscher Brauereien wegen der Benutzung des Wortes „Pilsener“ nach fast zwanzigjähriger Pause erneut angestrengt hatte, hat die Patentkammer des Landgerichts I in Berlin die gegen die schlesische Engelbräu-Brauerei AG. in Breslau wegen der Bezeichnung „Görlitzer Pilsener“ und gegen die Bergbrauerei H. Günnel in Bernesgrün wegen der Bezeichnung „Grenzquell-Pilsener“ erhobene Klage kostenpflichtig abgewiesen. Das Landgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die beklagten Brauereien zur Verwendung des Wortes „Pilsener“ unter Hinzufügung der obengenannten Ortsbezeichnung berechtigt seien.

allgemein anerkannt, daß solche einseitigen Zahlungen auf die Dauer nur entrichtet werden können durch ungeheure Ausführüberschüsse des zahlenden Deutschland. Um diese Ausführüberschüsse zu erzielen, müßte die Gütererzeugung Deutschlands nach der Berechnung einer halbamtlichen Stelle, der Reichskreditgesellschaft, um etwa zweidrittel gesteigert werden. Das ist vollkommen unmöglich. Und wenn es gelänge, die Gütererzeugung derart zu erhöhen, dann stünden wir vor der unlöslichen Frage, wie diese Waren auf dem Weltmarkt zu verkaufen sind. Denn das Ausland sperrt sich rücksichtslos nach Kräften gegen die deutsche Ware ab mit Hochschutzzöllen, Einfuhrverboten und Verwaltungsschikanen. Ein großer Teil der deutschen Ausfuhr ist Ausfuhr unter Selbstkostenpreis, die nicht dauernd fortgesetzt werden kann.

Wir zahlen deshalb die Tribute mit geliehenem Geld und Ausverkauf unseres Volksvermögens. Es droht eine beispiellose Tributkatastrophe, wenn der deutsche Auslandskredit erschöpft und der große Ausverkauf zu Ende ist. Die Existenz jedes einzelnen Deutschen hängt davon ab, ob es gelingt das unheilvolle Youngsystem zu beseitigen, bevor die Tributkatastrophe hereinbricht.

Der Youngplan selbst sieht keine Revision vor. Er soll vielmehr die „vollständige und endgültige“ Regelung der Tributfrage sein. Das darin vorgelehene sogenannte „Transferratorium“ bedeutet keine Senkung der Zahlungen, nicht einmal ihre Stundung, sondern eine Erhöhung der Zahlungen bei geänderter Zahlungsform. Es beruht eine Finanzpionage schlimmster Art gegen Deutschland herauf, den sogenannten „beratenden Sonderauschuß“, der nicht etwa den Youngplan zu revidieren hat, sondern nur den Vollstreckungsplan ausarbeiten soll. Ferner droht im Fall des „Transferratoriums“ die Kündigung der kurzfristigen Auslandskredite, das Aufhören der Kreditzufuhr nach Deutschland, ein Ansturm auf die Goldvorräte der Reichsbank, Kreditperre und fantastische Zinserhöhung. Alles in Allem eine unerhörte Wirtschaftskatastrophe.

Ebenso wenig ist zu erhoffen von der Bestimmung des Youngplanes, daß ein Schuldennachlaß der Vereinigten Staaten gegenüber den europäischen Feindbundesstaaten zum Teil Deutschland zugute kommen soll. Denn die Vereinigten Staaten haben ihren europäischen Verbündeten bereits den weitaus größten Teil ihrer Schulden erlassen und denken heute umsoweniger an weitere Schuldennachlässe, als sie heute selbst sich in einer schweren Wirtschaftskrise befinden, während Frankreich blüht und gedeiht und in Gold schwimmt. Außerdem wäre es ein schwerer außenpolitischer Fehler Deutschlands, die unter Wortbruch Wilsons erpreßten deutschen Tribute zusammen zu werfen mit den freiwillig aufgenommenen Anleihen der Franzosen und Engländer.

Nach dem Youngplan gibt es nur eine Vollstreckung, nicht aber eine Revision. Wer die Revision will, muß den Hebel anderswo ansetzen: Juristisch, wirtschaftlich und politisch.

Juristisch ruht die Tributforderung auf dem Artikel 231 des Versailler Diktats, in dem Deutschland sich als Alleinschuldiger am Weltkrieg und damit Schadenersatzpflichtigen bekennt. Aber noch keine deutsche Regierung hat gewagt, die Unterschrift unter dem Artikel 231 zurückzuziehen, die Aufhebung des Artikels zu fordern und die Streichung der Tribute.

Ferner ist das ganze Versaillerdiktat zu Stande gekommen unter Bruch des Vorfriedensvertrages vom 5. November 1918, der einen Friedensschluß auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons vereinbarte. Danach wären allerhöchstens 30 Milliarden Goldmark Kriegsschadigung zu zahlen gewesen. Deutschland hat aber bereits über 60 Milliarden geleistet, ohne die Kolonien, und soll noch weitere 114 Milliarden zahlen! Noch keine deutsche Regierung hat auch nur gewagt, die Richtigstellung der Betrügereien der Reparationskommission zu fordern, welche uns ungeheure schwindelhafte Schadensrechnungen angekreidet hat.

Wirtschaftlich sind die Tributzahlungen für alle Feindbundesstaaten außer Frankreich und Belgien mehr schädlich als nützlich. Denn sie zwingen Deutschland, eine Schleuderausfuhr um jeden Preis zu fordern, riesige Waren auf den Weltmarkt zu werfen, zu Preisen, welche die Preise der Anderen unterbieten. Auf diese Weise wächst die Arbeitslosigkeit z. B. in England, wie der Vergleich der englischen und der deutschen Ausfuhrziffern genau zeigt. England würde ein gutes Geschäft damit machen, wenn es auf seinen Tributanteil verzichtet und dafür seine Arbeitslosenziffer um ein halbe Million mindestens senken könnte. Den wirtschaftlichen Widersinn der Tributzahlungen zu veranschaulichen und damit die Revision vorzubereiten ist der Kerngedanke des Planes Hugenbergs, eine Tributabgabe zu erheben.

Politisch bröckelt die ehemalige Einheitsfront der Feindbundesstaaten auseinander, da die Weltgeschichte nicht bei den Jahren 1918 anzuhalten ist, und die natürlichen Interessengegensätze z. B. zwischen Frankreich und Italien immer scharfer werden. Während aber die Erfüllungspolitik daran arbeitet die Feindbundesstaaten immer wieder auf Kosten Deutschlands zu einigen, — man nennt das „Völkerbundspositiv“ —, würde eine zielbewusste deutsche Außenpolitik daran arbeiten, diese Gegensätze zu verschärfen und innerhalb des früheren Feindbundes Verbündete für Deutschland zu schaffen. Warum in aller Welt nimmt z. B. die deutsche Regierung nicht die Parole Mussolinis auf: „Revision der Friedensverträge“?

Von den Erfüllungsparteien ist eine solche Politik des Kampfes gegen Versailler Diktat und Tributsystem nicht zu erwarten. Deshalb ist es Sache der Deutschgesinnten, kraftvoll den Kampf für den Sturz der Erfüllungspolitik vorwärts zu treiben, die Schaffung einer nationalen Regierung zu erzwingen, welche die Befreiung Deutschlands nach außen, den Neubau des deutschen Staates im inneren beginnt. In diesem Sinne arbeitet der Aldeutsche Verband, eine Kampfgenossenschaft Deutschgesinnter aus allen nationalen Gruppen für die innere und äußere Befreiung Deutschlands.

# Lokales.

Wildbad, den 19. Januar 1931.

**Wintersportverkehr.** Nachdem es während der Nacht noch regnete, brachten wieder Erwartung die ersten Morgenstunden zum Sonntag Schnee, der auf den Berghöhen die Sportgelegenheit sehr verbesserte und war es eine wahre Freude sich in dem während des Tages anhaltenden Schneetreiben zu tummeln. Etwa 1200 Schiläufer kamen hierher, die Schibahn war bis ins Tal in vorzüglichem Zustand und wird mit Bedauern mancher diese schöne Sportgelegenheit verpasst haben. Die Züge hatten bedeutende Verspätung, auch brachten einige Postautos Pforzheimer Sportler nach Sprollenhäus.

**Der Ortsausschuß Wildbad des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,** der die Vertretung der über 300 organisierten Mitglieder in den verschiedenen Berufsverbänden darstellt, hielt am Samstag abend im Vereinszimmer der Turnhalle eine Versammlung ab. Die Delegierten der einzelnen Verbände waren bis auf die des Wald- und Landarbeiterverbandes vollständig vertreten. Koll. Bott als Vorsitzender des Ortsausschusses eröffnete die Versammlung und teilte mit, daß die Kollegen Albert Hechel und Fritz Waidelich durch das Wirtschaftsministerium als Beisitzer an das Arbeitsgericht Calw berufen worden sind. Als erster Punkt der Tagesordnung galt es, Stellung zu nehmen zu der Eingabe der Postverwaltung an den Gemeinderat betr. Bewirtschaftung im alten Postgebäude. Kollege Bött hielt das einleitende Referat, das von Kollege Waidelich in einigen Punkten ergänzt wurde. In der anschließenden Aussprache, von der zahlreich Gebrauch gemacht wurde, stellten sich alle Redner auf den Standpunkt, daß von dem Angebot der Postverwaltung, in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit, Gebrauch gemacht werden müsse. Selbstverständlich sei vorher zu prüfen, ob die Postverwaltung sofort bzw. in nächster Bälde oder erst in einigen Jahren ihre versprochene Bautätigkeit entfalten will. Es wurde hervorgehoben, daß andere Gewerbetreibende auch Konkurrenz bekommen und so müsse sich auch das Berggewerbe wohl oder übel damit abfinden. Als Extrait der Aussprache wurde folgende, aus der Mitte der Versammlung gestellte Resolution einstimmig angenommen: „Der Ortsausschuß Wildbad des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beauftragt in seiner Versammlung vom 17. Januar 1931 seine beiden Gemeinderatsvertreter, Stadtrat Bött und Stadtrat Waidelich, einer Konzession im alten Postgebäude nur dann zuzustimmen, bezw. zu befürworten, wenn die Postverwaltung folgende feste schriftliche Zusagen gibt, daß 1. mit dem Umbau des alten Postgebäudes, 2. mit dem geplanten Neubau, 3. mit der Ueberbauung der Plattform (Pavillon) sofort bzw. in nächster Bälde begonnen wird und daß 4. die Freigabe des Weges am alten Postamt für den allgemeinen Verkehr sofort erfolgt.“ — Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden die verschiedensten Fragen und Gegenstände behandelt, wie die Tätigkeit der Kommission bei der Notstandsarbeit an der Kernerstraße; Sitzungsgelder der Stadträte, Gehaltsabbau bei den Beamten usw. Mit der Stellungnahme und Haltung der Stadträte Bött und Waidelich zu all diesen Punkten war die Versammlung voll und ganz einverstanden und wurde ihnen Dank, Anerkennung und aufs neue das Vertrauen ausgesprochen.

**Generalversammlung des Arbeiter-Sportvereins.** Sportgenosse Adolf Mündinger eröffnete die Versammlung, die leider nicht so gut besucht war, wie es wohl nötig gewesen wäre. Manchem Sportgenossen war anscheinend die Ausübung des Wintersports notwendiger, als die Anwesenheit bei der Generalversammlung. Nach Verlesung der verschiedenen Protokolle, gegen die keine Einwendungen erhoben wurden, gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht, aus dem folgendes hier festgehalten sei: Es fanden 11 Versammlungen und 7 Ausschusssitzungen statt. Die Mitgliederzahl ist um drei gefallen. Im April ds. Js. kann der Verein auf sein 5jähriges Bestehen zurückblicken, eine Zeitspanne, die wohl mancher dem Verein nicht zugestanden hat. Der Vorsitzende kam in seinem Bericht auch auf die Sportplatzfrage zurück. Der Verein könne mit der zugestanden Zeit am Mittag nicht auskommen; mit einer vier- bis achtstündigen Vorauslage, daß der Sportplatz mal an einem Sonntagnachmittag frei sei, kann der Verein ebenfalls nichts anfangen; die Sportplatzfrage müsse unbedingt einer endgültigen Entscheidung entgegengeführt werden. Im verflochtenen Geschäftsjahr wurden die Berghantel, eine Stoßkugel, ein Sprungseil und ein neuer Vereinsport für beide Mannschaften angeschafft. Der Kassenbericht ergab an Einnahmen 967,10 Mark, an Ausgaben 930,42 Mark, Kassenbestand 36,68 Mark. Ausstände sind noch 57,35 Mark vorhanden, sodaß trotz der großen Anschaffungen noch ein Ueberchuß von etwa 100 Mark vorhanden ist. Ein Zeichen, daß der Verein auf gesunden Füßen steht. Der Spielbericht des Sportgenossen Robert Kieginger war einwandfrei; zu wünschen ist, daß die Spieler die Schlüsselworte des Spielers beherzigen. An die Berichte schloß sich eine kurze Aussprache; dem Kassier Karl Mündinger wurde für seine musterhafte Kassenführung Entlastung erteilt. — Der Punkt **Neuwahlen** ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Adolf Mündinger, 2. Vorsitzender und Schriftführer Hans Rüsse, Kassier Karl Mündinger, Beisitzer: Fritz Aberle und Michael Wengert, Spielleiter: Robert Kieginger, 1. Hallenwart: Hans Köhle, 2. Hallenwart: Hermann Rothfuß, Unterkassier: Paul Gall, Zeugwart: Hermann Rothfuß. — Ein Antrag, betr. Aenderung der Beitragseinzahlung und Beitragshöhe wurde zurückgezogen; es bleibt also beim alten. — Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden zu der am 25. Januar stattfindenden Spielleiter- und Vorstände-Konferenz Fritz Aberle und Robert Kieginger delegiert. — Die Tagesordnung war alsdann erschöpft und konnte der Vorsitzende um 5.30 Uhr die gutverlaufene Generalversammlung schließen.

**Gedanke eines treuen Hundes.** Die Hundehütte muß bei großer Kälte unbedingt an gegen scharfen Wind geschützter Stelle stehen; sie darf niemals direkt auf dem Pflaster oder auf dem Erdboden stehen, sondern auf Backsteinen oder noch besser Holzblöcken. Ein trockenes, warmes Lager muß dem treuen Tiere Schutz gegen Kälte und Nässe bieten. Nachts nehme man bei großer Kälte den Hund in das Haus. Gegenwärtig darf es auch dem Kettenhund nicht an der nötigen Bewegung fehlen; hierdurch wird der Blutkreislauf erhöht und die Körperwärme gesteigert. Gut ist zweimaliger freier Lauf im Tag. Vor das Schlupfloch der Hütte muß man nachts zum mindesten einen Sack hängen. Auch Trinkwasser, leicht überschlagen, darf im Winter nicht fehlen, eiskaltes Wasser erzeugt Magen- und Darmtarrhe. Naß gewordene Hunde sind gut trocken zu reiben, bevor man sie wieder an die Kette legt.

**Fußballerfolg.** Der Fußballverein Wildbad hatte am gestrigen Sonntag die erste Mannschaft des Königsbacher Fußballvereins zum fälligen Verbandsspiel zu Gast und konnte das Spiel mit 1:3 Toren für sich entscheiden.

## Mein Schwanenfang\*)

Wann ich dahin verreisen werde,  
Von wannen Niemand wiederkehrt,  
Und nur ein kleines Häuflein Erde  
Die Welt zur Rützigkeit mir beschert —  
Dann ruf ich ihr frohlockend zu:  
„Fahr wohl, o Welt! Ich geh' zur Ruh.“  
Du hast mit deinen golden Gaben  
Mich, deinen Bürger, nicht verwöhnt;  
Mein Los war müheloses Graben,  
Ich wars von Jugend auf gewöhnt.  
Was mir die Rörne weinend sang,  
Das hallte nach mein Leben lang.  
Doch der Erhalter aller Wesen,  
Er gab mir stets mein täglich Brot;  
Wars ab und zu auch farg bemessen,  
Erhielt er mich doch in der Not.  
Er schenkte mir gesundes Blut  
Und heitern, frohen Lebensmut.  
Drum will ich dankbar mich beweisen,  
Solange sich ein Glied bewegt,  
Und Gottes Lieb und Allmacht preisen,  
Solang mir eine Ader schlägt,  
Und loben seine Vaterneu.  
Die nur mit jedem Morgen neu.  
Dir, Herr, dir geb ich meine Seele,  
Wann ich von Dainen zieh zurück,  
In deine Gnadenhand befehle  
Ich sie im letzten Augenblick;  
Wollst, wenn hier modert mein Gebein,  
Ihr dort ein milder Richter sein.

L. Schwarz.

\*) Dieses inhaltreiche Gedicht des L. Schwarz-Höfen das der Dichter von Lebensjahnen regierten, vor zwei Jahren verfasste, befand sich in seinem Nachlaß und wurde uns vom besessenen Seite zur Veröffentlichung überlassen. Die Schriftleitung.

## Handel und Verkehr Die Marktlage

Das Buttergeschäft hand in ooriger Woche weiterhin unter dem Zeichen einer mangelhaften Nachfrage, die ihren Grund in der großen Arbeitslosigkeit und in der im Januar üblichen starken Inanspruchnahme der Kaufkraft der Verbraucher durch die Inventurausverkäufe der Geschäfte hat. Andererseits sind die Inlandzufuhren infolge zunehmender Produktion weiter angewachsen. So mußten schließlich, wie auch im Ausland, die Preise nachgeben. Kempten notierte am 14. Januar 1.13—1.19 gegen 1.19—1.25 am 7. Januar.

Auf dem Käsemarkt sind keine Veränderungen eingetreten. Das Eiergeschäft nahm in den letzten Tagen im allgemeinen einen stetigen Verlauf, da das Angebot zurückging. Die Auslandszufuhren waren gering; die ausländischen Abgeber waren durch die starken Preisrückgänge in der vorliegenden Woche von einer Belieferung des deutschen Marktes abgesehen. Auch die inländischen Anlieferungen waren wegen der Kälte schwächer. Die Preise konnten sich teilweise etwas erholen, aber nur in geringem Umfang, da auch die Nachfrage klein blieb.

Im Schlachtviehgeschäft trat in der zweiten Januarwoche nach den Schwankungen seit den Feiertagen eine Mäßigung im ungünstigen Sinne ein. Die Aufrufe waren fest durchweg stärker, während die Nachfrage im Fleischhandel sich mindestens noch nicht belebte. Rindvieh erfuhr besonders in München und Frankfurt a. M. weniger in Stuttgart, rückläufige Preise. Auf dem Kälbermarkt wieg München ebenfalls scharfe Verluste auf, Stuttgart blühte am Donnerstag den geringen Gewinn vom Dienstag wieder ein. Die Schweinepreise legten ihren Preisabstieg fort und hierin ist wohl einer der Hauptgründe für

die ungünstige Preisgestaltung bei den anderen Viehgattungen zu erblicken. Für Hammelbratenfleisch zeigte sich erfreulicherweise eine etwas bessere Nachfrage.  
Die Nachfrage am Tabakmarkt war gering, da viele Tabakfabriken vorübergehend geschlossen haben und abwarten, wie die Verbraucher sich zu den neuen Zöllen und Steuern stellen. Sachverständige erwarten von der Zollherabsetzung für den Tabakbau eine stärkere Nachfrage nach Inlandtabak, bessere Preise, erhöhte Qualitätsansprüche der Tabakkäufer und vermehrten Zwang auf Qualitätsstabakbau.  
Der durchschnittliche Roggenpreis an der Berliner Börse betrug in der Woche vom 29. Dezember bis 3. Januar ab märkischer Station 15.72 Mark für 100 Kilogramm.  
Auf dem Hopfenmarkt betrug in Nürnberg der Wochenumsatz 300 Ballen, wovon die Hopfenvertriebsgesellschaft den größten Teil aufgekauft hat. Beste Qualitäten hielten sich im Preis, geringere mußten etwas nachgeben. Amlich wurden folgende Preise notiert: Herbrucker Gebirgshopfen prima 50—70, mittel 35—45, gering 20—30, Hallertauer 80—105, 65—75, 40—60, Württemberger 65—75, 40—65, 35—40, Lettmanger 80—95, 65 bis 75, —, Spalter 80—95, 60—75, 45—55, Badische 60—75, 45—55, 35—40, Pfälzer 50—55, 40—45, —, Ausflüchthopfen über Notiz. Wochenstimmung ruhig.

## Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik stehenden Einwendungen übernimmt die Redaktion nur die persönliche Verantwortung.  
Bei der am 16. Januar stattgefundenen Versammlung des Birte-Vereins wurde folgende Resolution gefaßt, welche dem wohlbl. Gemeinderat zur Kenntnisnahme überreicht wird.  
Zunächst gestattet sich der Birte-Verein auf seine Eingabe vom Juli 1929 betr. Konzessionsgesuch für das alte Postgebäude aufmerksam zu machen und erubrigt es sich hiermit, die angegebenen Einwendungen und Gründe nochmals besonders hervorzuheben.  
Der Birte-Verein ist mehr als erstaunt, daß, nachdem das Konzessionsgesuch dreimal fast einstimmig abgelehnt, und die Bedürfnisfrage verneint wurde, nochmals zur Behandlung kommt. Das neue Gesuch der Postverwaltung will nun durch allerlei Druckmittel und Bauversprechungen, welche noch in der Luft hängen und vorerst nur leere Versprechungen sind, unbedingt die Konzession erzwingen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß sich ein Teil der Gemeinderatsmitglieder durch diese Bauversprechungen zu einer anderen Ansicht hat bewegen lassen, und dieselben oben erwähnten Druckmitteln nachgeben wollen. Das neue Gesuch der Postverwaltung bedeutet somit direkt eine Erpressung des Gemeinderats um die Konzession zu erlangen.  
Nach wie vor ist die Bedürfnisfrage unbedingt zu verneinen und nach dem neuen Gaststättengesetz Abschnitt 7 § 44—51 abzulehnen. Weiter gestatten wir uns, den wohlbl. Gemeinderat auf Abschnitt 4 § 20 des Gaststättengesetzes hinzuweisen, welcher besagt: Ist die Erlaubnis mangels eines Bedürfnisses verjagt worden, so darf innerhalb drei Jahren nach Rechtskraft der Entscheidung die Erlaubnis für das gleiche Objekt nicht wieder eingereicht werden. Der Birte-Verein erlaubt sich nochmals darauf hinzuweisen, daß dem Staat (hier die Reichspost) unter keinen Umständen eine Unterstützung zuteil werden darf, es muß mit allen Mitteln dahin gewirkt werden, daß der Staat, welcher aus den einzelnen Gewerben die Steuer herauspreßt, solchen keine Konkurrenz machen darf.  
Wir bitten den wohlbl. Gemeinderat so dringend wie höflich, bei der nochmaligen Behandlung des Gesuches den berechtigten Wünschen des Berggewerbes und Hauptsteuerzahlern genügende Rechnung zu tragen und ist es unseres Erachtens bei der heutigen schweren Zeit unverantwortlich, daß das gute Verhältnis, welches hier in Wildbad zwischen dem Berggewerbe und den anderen Gewerbetreibenden herrscht, durch persönliche Vorteile des Gesuchstellers, trüben will. Eigentümlich muß es berühren, daß der Gesuchsteller durchblicken läßt, daß bei Nichtgenehmigung der Konzession das Wohlwollen und Entgegenkommen der Postverwaltung gegenüber der Stadt eine Aenderung erfahren könnte, was eine Drohung des Gesuchstellers bedeutet, die in keiner Weise angebracht sein dürfte. B. B. B.

**KK Kleinkaliber-Schützenabteilung**  
des Krieger- und Militär-Vereins Wildbad.  
Am Samstag den 24. Januar 1931, abends 8 Uhr, findet in der Rennbahnbrauerei (Nebenzimmer) die  
**ordentliche Hauptversammlung**  
statt.  
Tagesordnung:  
1. Geschäftsbericht,  
2. Kassenbericht,  
3. Neuwahlen,  
4. Verschiedenes.  
Anträge zur Hauptversammlung sind bis 22. Januar an den Vorsitzenden zu richten.  
Bollzähliges Erscheinen ist Pflicht.  
Der Vorstand

**Gewerbe- u. Handelsverein Wildbad.**  
Am Montag, den 19. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet bei Mitglied Bauer zum Ofen eine  
**Mitglieder-Versammlung**  
statt.  
Tagesordnung:  
Eingabe der Postverwaltung an den Gemeinderat.  
Verschiedenes.  
Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreichen Besuch gebeten. Der Vorstand.

**Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei**  
Deffentliche  
**Bersammlung**  
am Mittwoch, 21. Januar, abends 8.15 Uhr  
im Saale des „Wildbader Hofes“  
Redner: Pg. Landtagsabgeordneter Köhler  
Heidelberg  
Thema: Fort mit der Hungerdiktatur  
N. S. D. A. P. Ortsgruppe Wildbad.  
Die beste Reklame ist und bleibt  
das Zeitungs-Inserat

**Begräbnisverein Wildbad.**  
Die jährliche Hauptversammlung  
findet am Mittwoch, 21. Januar abends 8 Uhr, im alten Volksschulgebäude statt.  
Berhandlungsfolge:  
Tätigkeitsbericht, Kassenbericht, Anträge, Wahlen.  
Etwasige Anträge wollen schriftlich oder mündlich bis Donnerstag abend dem Kassier und Schriftführer Herrn Oberlehrer Balz unterbreitet werden.  
Um zahlreichen Besuch bittet Vorstand und Ausschuß.  
Wildbad, 16. Januar 1931.

**Jugendschöne Haut**  
  
**Wegsperr**  
Wegen Holzhauereibetrieb ist der Aushalderweg ab Montag den 19. Januar für den öffentlichen Verkehr bis auf weiteres gesperrt.  
Stadt. Forstamt.  
**Schreibmaschinen**  
nebst Zubehör kaufen Sie billigst bei  
**GESCHW. FLUM**  
Bach- und Papierhandlung.  
In Wildbad: In der Oberhard-Drogerie R. Klappert.